

Inhalt

Einleitung: Die neue Weltunordnung

Marc Engelhardt

10

Katalonien: »Sie respektieren uns einfach nicht.«

Julia Macher

25

Schottland: Nationalisten an der Macht

Nicola de Paoli

39

Québec: Langes Warten auf die nächste Chance

Gerd Braune

53

Ukraine: Che Guevara im Kohlenpott

Stefan Scholl

69

Transnistrien: »Ein Phänomen, das Konflikt genannt wird«

Thomas Franke

83

Somaliland: Der Selfmade-Staat

Bettina Rühl

97

**Taiwan: Zwei Chinas und der Kampf
um die Geschichte**

Klaus Bardenhagen

113

Palästina: »PLO – Occupation No!«

Susanne Knaul

127

Irakisch-Kurdistan: Schlappe für die Peschmerga

Birgit Svensson

145

Türkisch-Kurdistan: Die PKK

Susanne Güsten

159

Südsudan: Unabhängig in den Abgrund

Marc Engelhardt

171

Tschechien und die Slowakei: Wie man sich friedlich trennt

Kilian Kirchgeßner

187

Südtirol: Zusammenleben ist machbar

Christiane Büld Campetti

199

Kosovo: Mühsame Unabhängigkeit

Danja Antonovič

211

Sealand und Liberland: Staat machen

Peter Stäuber und Kilian Kirchgeßner

225

Die Samen: Unabhängig ohne Staatsgebiet

Marc Engelhardt

237

Abschied von der alten Welt

Marc Engelhardt

250

Anhang

Literatur 265

Zu den Autoren 267



- 1 Katalonien
- 2 Kosovo
- 3 Kurden
- 4 Liberia
- 5 Ostukraine
- 6 Palästina
- 7 Québec
- 8 Samen
- 9 Schottland
- 10 Sealand
- 11 Slowakei
- 12 Somaliland
- 13 Südsudan
- 14 Südtirol
- 15 Taiwan
- 16 Transnistrien
- 17 Tschechien





Katalonien: »Sie respektieren uns einfach nicht.«

Julia Macher

*Keine andere Region in Europa scheint so nah vor der Eigenständigkeit zu stehen wie Katalonien. Seit Jahren streitet die Bevölkerung gegen die Regierung in Madrid – mit gleichbleibender Begeisterung. Der Traum vom eigenen neuen Land hat nicht nur den Verstand, sondern auch die Herzen der Menschen erobert – als Utopia, in dem alles möglich sein soll.**

In Sant Pere de Torelló ist man schon länger unabhängig: seit dem 3. September 2012. Damals rief sich das Dorf im grünen Vorgebirge der Pyrenäen zum »freien katalanischen Territorium« aus. Seitdem flattert die »Estelada«, die Flagge der Unabhängigkeitsbefürworter, auf dem Kreisverkehr am Ortseingang, eine gelb-rot gestreifte katalanische Fahne mit blauem Dreieck und weißem Stern. Das spanische Gesetz hat für die 2400 Einwohner nur mehr, so steht es in der symbolischen Erklärung des Stadtrates, »provisorischen Charakter«. Am spanischen Nationalfeiertag am 12. Oktober wird neuerdings gearbeitet. Und Jordi Fàbrega, der hemdsärmelige Bürgermeister, führt die Steuern der Verwaltung nicht wie vorgeschrieben an das spanische Finanzamt, sondern an die katalanische Steuerbehörde ab.

Gut 200 weitere Dörfer haben sich dem Beispiel inzwischen an-

* Die Ergebnisse der Regionalwahlen vom September 2015 und der auf den Herbst angesetzten spanischen Parlamentswahlen können im folgenden Text nicht mehr berücksichtigt werden. Bei den katalanischen Regionalwahlen tritt Ministerpräsident Artur Mas gemeinsam mit der linksrepublikanischen ERC und Vertretern verschiedener Bürgerplattformen mit einer Einheitsliste an. Spitzenkandidat ist Raül Romeva von den katalanischen Grünen. Erlangt die Liste die absolute Mehrheit, soll innerhalb von sechs bis acht Monaten die Unabhängigkeit ausgerufen werden. Mitbestimmend für die zukünftige Entwicklung wird die neue Regierung in Madrid werden, die ebenfalls im Herbst 2015 gewählt wird.

geschlossen, und 720 der 946 katalanischen Gemeinden sind Mitglied der AMI (Associació de Municipis per la Independència), der Vereinigung der Kommunen für die Unabhängigkeit. Die kampfeslustige Organisation gehört wie der Kulturverein Òmnium und die Assembla Nacional Catalana (ANC), die Plattform »Katalanische Nationalversammlung«, zu den Impulsgebern der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung. Im Symbolpolitischen ist der Kampf um einen eigenen katalanischen Staat längst gewonnen: Die gelben Buttons der ANC prangen auf Schulranzen und Aktentaschen. In Kneipen hängen Fotos mit Bildern der »Via Catalana«, der 400 Kilometer langen Menschenkette, die sich 2013 von Pertús in den Pyrenäen bis nach Alcanar im Ebro-Delta zog. Selbst mancher Hipster aus Barcelona trägt Sneaker, auf denen dezente vier Streifen und ein aufgenähter Stern die politische Gesinnung kundtun.

»Unsere Bewegung geht quer durch die Gesellschaft«, sagen die Befürworter der katalanischen Unabhängigkeit gern. Hinter der separatistischen Bewegung steckt keine einzelne Partei. Im Parlament zieht sich der Traum von einem eigenen Staat von links nach rechts, von den basisdemokratisch verfassten Systemkritikern der CUP bis zur konservativ-liberalen Convergència von Artur Mas. Zur Unabhängigkeitsbewegung zählen Landwirte aus Vic, die stolz darauf sind, die katalanischen Nachnamen ihrer Vorfahren bis ins 14. Jahrhundert zurückverfolgen zu können und Spanien schon immer als fremden Staat betrachtet haben. Genauso gehören die in Barcelonas Speckgürtel großgewordenen Kinder andalusischer Einwandererfamilien dazu, die bis vor Kurzem noch die Titel der spanischen Fußballnationalmannschaft bejubelten.

Salvador Cardús gehört zu einer der vielen Gruppen, die sich dazwischen ansiedeln lassen. Der Volkswirt und Soziologe stammt aus Terrassa, einer Industriestadt, 30 Kilometer nordöstlich von Barcelona. Aufgewachsen in einer katalanischsprachigen Familie, wurde das Streben nach einem eigenen Staat für ihn erst mit den Jahren zur politischen Option. »Zu sagen, man sei schon immer Separatist gewesen, finde ich lächerlich«, sagt Cardús, »das ist ja keine Religion, auf die man getauft wird.« Cardús, Anfang 60, Jeans und kariertes Hemd, sitzt in einer Cafeteria neben der Uni, an der er unterrichtet. Vor ihm liegt ein Blatt Papier, auf dem er sich während des Gesprächs Notizen macht: Studien, die

er nachreichen möchte, Daten, die er überprüfen will. Der Professor spricht gern und häufig mit der ausländischen Presse, als teilnehmender Beobachter eines Prozesses, den er für den »umwälzendsten der Gegenwart« hält. Er war Teil des »Beirats für die nationale Transition«, eines von der Regionalregierung ins Leben gerufenen Gremiums, das mögliche Wege und Szenarien einer Loslösung Kataloniens von Spanien ausgearbeitet hat. Sein Buch »Der Weg zur Unabhängigkeit« gehörte 2010 zu den ersten Bestsellern im inzwischen boomenden Geschäft mit Sachbüchern zum katalanischen Separatismus. »Spanien hat nie akzeptiert, dass es ein Vielvölkerstaat ist«, konstatiert Cardús. »Innerhalb des spanischen Staatsmodells, des Staats der Autonomien, kann sich Katalonien als Nation nicht entwickeln.« Damit spricht er gleich zwei Konzepte an, die fundamental für die Entwicklung der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung sind: Das Selbstverständnis als Nation. Und das Scheitern des spanischen Staatsmodells. Ersteres ist die notwendige, das Zweite die hinreichende Bedingung des katalanischen Separatismus.

Reiseführer erklären die Andersartigkeit der Katalanen gerne mit der Gegenüberstellung von Klischees: Im Nordosten der Iberischen Halbinsel tanzt man Sardana statt Flamenco, isst Butifarra, Bratwurst, statt Paella. Und wo dem Bilderbuch-Spanier Kontaktfreudigkeit und Lebhaftigkeit unterstellt werden, gilt der Katalane als zurückhaltend und verschlossen, als Hamburger Spaniens gewissermaßen. Ist der Reiseführer gründlich, stehen in der Einleitung noch ein paar Sätze zur eigenen Sprache – Katalanisch wird von gut zehn Millionen Menschen gesprochen und ist eine der ältesten Literatursprachen Europas – und zur eigenen Geschichte des Landstrichs: zur spanischen Mark, von den Karolingern als Bollwerk gegen die Muslime errichtet; zur Blütezeit Kataloniens im 11. und 12. Jahrhundert; zur aragonischen Krone, unter der Katalonien zur bestimmenden Macht am Mittelmeer aufstieg. Und natürlich zum Spanischen Erbfolgekrieg, in dessen Folge die Grafenschaft 1714 ihre Reste staatlicher Eigenständigkeit verlor und in das bourbonische Königreich eingegliedert wurde. Die Unabhängigkeitsbewegung hat aus 1714 erfolgreich ihre Stunde null gemacht. Im Camp Nou, dem gigantischen Stadion des FC Barcelona, skandieren die Fans bei jedem Match in Minute 17, Sekunde 14

»In-, Inde-, Independència«. Der 11. September, der Tag, an dem Barcelona von den bourbonischen Truppen nach einjähriger Belagerung eingenommen wurde, wird mit einem eigentümlichen masochistischen Gestus als katalanischer Nationalfeiertag (Diada Nacional de Catalunya) jährlich mit Pomp und Großdemonstrationen zelebriert.

Geschichte und eigene Sprache sind konstituierende Elemente des katalanischen Selbstverständnisses, doch den Aufschwung der Unabhängigkeitsbewegung erklären sie alleine nicht. Denn bis vor Kurzem dienten die »nationalen Besonderheiten« allenfalls einer Minderheit als Rechtfertigung für eine Sezession. Noch 2006 träumten lediglich 15 Prozent der Bewohner Kataloniens von einem eigenen Staat. 2013 waren es bereits beachtliche 48 Prozent. Der Anstieg erschließt sich erst im Zusammenhang mit der strukturellen, wirtschaftlichen und politischen Krise des spanischen Staatsmodells.

Spanien ist nicht föderal organisiert, sondern als »Staat der Autonomien« (Estado autonómico) mit 17 autonomen Gemeinschaften verfasst. Das Konstrukt ist ein Kompromiss, mit dem man die seit dem 18. Jahrhundert notorischen Spannungen zwischen der Zentralregierung und den peripheren »historischen Nationalitäten« der Iberischen Halbinsel, also Katalonien, Galicien und dem Baskenland, zu lösen versuchte. Die nach dem Tod des Diktators Franco 1975 von Oppositionellen und Regimekräften gemeinsam ausgehandelte Verfassung von 1978 definiert Spanien als »Nation der Nationalitäten«. Die Einheit der spanischen Nation gilt demnach als unauflöslich, im gleichen Artikel wird den Regionen und Nationalitäten, also den historisch gewachsenen Regionen mit eigener Sprache und Kultur, das Recht auf Autonomie garantiert. Ein Tauziehen zwischen Regionen und Zentralstaat war damit programmiert. Die um Ausgleich und Austarieren zwischen den Fronten bemühte Politik nach Francos Tod weitete den Autonomiestatus unter der Devise »café para todos«, »Kaffee für alle«, auf alle Regionen aus, nicht nur diejenigen mit eigener Sprache und nationalem Selbstverständnis: ein Versuch, die baskischen und katalanischen Bestrebungen nach einem Höchstmaß an Eigenständigkeit zu relativieren. Hinzu trat eine komplizierte Abstufung unterschiedlicher Kompetenz-Niveaus. Und: Nicht immer

gab der Staat nach Übertragung der Kompetenzen die entsprechenden Hoheitsrechte tatsächlich ab. »Spanien hat es mit dem Autonomiemodell nie so richtig ernst gemeint«, resümiert Cardús. Diese These teilen inzwischen in Katalonien viele; sie ist zum Minimalkonsens der Unabhängigkeitsbewegung geworden. Und die meisten bekennen sich seit 2010 zu ihr, als das spanische Verfassungsgericht das vier Jahre zuvor vom katalanischen Parlament ausgearbeitete und per Referendum ratifizierte Autonomiestatut radikal beschnitt. Das Regelwerk sollte damals für klarere Verhältnisse im Wirrwarr um Kompetenzen und Zuständigkeiten sorgen und den »nationalen Charakter« Kataloniens anerkennen.

Salvador Cardús hat den Glauben an das System der Autonomien bereits 30 Jahre früher verloren, nach dem Putschversuch des Oberstleutnants der Guardia Civil Antonio Tejero gegen die junge spanische Demokratie am 23. Februar 1981. Infolge des missglückten Staatsstreichs einigten sich die regierende Zentrumspartei und die Sozialisten – unter Ausschluss der katalanischen und baskischen Nationalisten – auf das »Gesetz zur Harmonisierung des Autonomie-Prozesses«. Für die katalanische Regionalregierung war das Gesetz, das eine Angleichung der Statuten aller Regionen vorsah und die verfassungsähnlichen Autonomiestatute einem regulären spanischen Gesetz unterzuordnen versuchte, ein Affront. In Barcelona gingen Hunderttausende auf die Straße, Cardús veröffentlichte erste wütende Artikel. Dass der Konflikt zwischen Katalonien und Spanien nicht schon früher aufbrach, lag lediglich, so Cardús, an der wirtschaftlichen Prosperität der Vorkrisenjahre. Und an der Tatsache, dass die katalanischen Nationalisten auf zentralstaatlicher Ebene an der Regierung beteiligt waren.

Warum Katalonien überhaupt eigene Kompetenzen, eigene Gesetze brauche? Salvador Cardús lächelt nachsichtig. »Unsere Wirtschafts- und Sozialstrukturen sind anders. Hier hatten wir eine industrielle Revolution, Spanien ist eine Agrargesellschaft. Schon allein deswegen passen die Gesetze aus Madrid nicht zu uns. Im Gegenteil: Sie gefährden uns!« Dann setzt er an zu einem Exkurs über die Ladenschlussgesetze. Das katalanische, das – um die Interessen von Kleinunternehmen und Mittelständlern zu schützen – weniger Öffnungsstunden erlaubte, wurde von Madrid ge-

kippt, das von internationalen Großunternehmen geprägt sei. Das Schienennetz: Seit 20 Jahren warte Barcelona auf zehn Kilometer Gleise, um seinen Industriehafen richtig nutzen zu können. Die Autobahnen: Der Staat baue schicke Schnellstraßen im bevölkerungsarmen Süden und lasse die Katalanen für ihre privat finanzierten Autobahnen teure Maut blechen. Cardús redet sich in Rage und landet schließlich bei jenen 16 Milliarden Euro, die Katalonien der Regionalregierung zufolge in die spanische Staatskasse abführt, ohne etwas zurückzubekommen. Auf neun bis zehn Prozent des katalanischen Bruttosozialprodukts belaufe sich der jährliche Steuertransfer: »Ohne Spanien wären wir längst so wohlhabend wie Dänemark oder die Niederlande.«

Mit diesem Verdikt enden fast immer die Debatten über die katalanisch-spanischen Beziehungen. Zumindest seit der Wirtschaftskrise ab 2008. Denn damals fuhr Madrid seine Investitionen auf ein Minimum zurück, in Barcelona kollabierte der Nahverkehr, das Stromnetz brach zusammen. Und die katalanische Politik entdeckte in der ungleich verteilten Steuerlast ihr großes Thema. Für Joaquim Coll ist der Fokus auf das Ökonomische der Beweis, dass der Aufschwung der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung im Kern ein Phänomen der gehobenen Mittelklasse ist. Der Historiker und Journalist ist Mitbegründer der *Societat Civil Catalana*, der antisezessionistischen »Katalanischen Zivilgesellschaft«. Auch er ist ein gefragter Gesprächspartner, es gibt wenige katalanische Intellektuelle, die so vehement einen Verbleib Kataloniens in Spanien verteidigen. »Der Separatismus ist ein ideologisches Konstrukt der wirtschaftlichen und politischen Eliten.«

»Unsinn«, hält Cardús dagegen, »unter den schlechten Infrastrukturen leiden alle, und sei es, weil der Zug sie zu spät zur Arbeit bringt.«

Den katalanischen »independentisme« als reine Wohlstands-ideologie abzutun, greift tatsächlich zu kurz. Diese Interpretation ist Nachhall einer Mediendebatte, die sich zunächst auf die Machbarkeit eines eigenen Staates konzentrierte. In den letzten Jahren erstellten Volkswirte und Politikwissenschaftler ein halbes Dutzend Studien, die die wirtschaftliche Tragfähigkeit und Prosperität eines unabhängigen Kataloniens beweisen, mit und ohne sofortige EU-Mitgliedschaft, mit und ohne Verbleib in der Eurozone.

Und es gibt ebenso viele Studien, die das Gegenteil behaupten, einem unabhängigen Katalonien die Überschuldung voraussagen, den Wegzug internationaler Unternehmen und einen Boykott durch die spanische Wirtschaft prognostizieren. Die Aussagekraft solcher Zahlenspiele ist begrenzt: Die prosezessionistischen Studien gehen zumeist von einer einvernehmlichen Trennung aus und unterstellen einem unabhängigen Katalonien die besseren Verwalter und klügeren Politiker; die antisezessionistischen legen das pessimistische Krisenpanorama der letzten Jahre zugrunde und rechnen fest mit der offenen Gegnerschaft Spaniens.

Tatsächlich täuscht die Debatte über die wirtschaftlichen Vor- oder Nachteile über eine wichtige Komponente hinweg: die emotionale. Denn natürlich geht es auch und zuallererst ums Gefühl, auf beiden Seiten. »Früher hat mich niemand gefragt, was ich bin – Katalane oder Spanier«, sagt Coll, »jetzt muss ich mich plötzlich entscheiden.« Er erzählt von Freunden, die sich seltener sehen oder das Thema Politik beim abendlichen Bier an der Bar bewusst aussparen. Von der absurden Situation, dass er sich jetzt zwischen seinen beiden Identitäten, der katalanischen und der spanischen, entscheiden müsse. »Eine Sezession ist unsolidarisch und undemokratisch«, sagt Coll, »in einer Demokratie darf ein Teil der Bevölkerung nicht über den gesamten Rest entscheiden.« Rechtmäßigkeit ist ein zentraler Begriff in der Argumentation der *Societat Civil Catalana*. Der Verein hat Dutzende Beschwerden und Strafanzeigen gegen Fernsehsender, Rathäuser und Institutionen eingereicht: wegen separatistischer Propaganda, wegen Ungleichbehandlung, wegen Rechtsbeugung.

Es ist genau diese Strategie, die den Separatisten Salvador Cardús zur Weißglut bringt: »Verbieten, verbieten, verbieten! Das ist das Einzige, was sie können!« Zur Beschreibung des spanisch-katalanischen Verhältnisses bemüht er das Bild von der Frau, die von ihrem Ehemann misshandelt und ignoriert wird und schließlich die Scheidung einreicht. Er erzählt von einem Leserbrief aus Madrid, den er als Antwort auf einen seiner Artikel erhalten hatte. »Der Leser stimmte meiner Forderung nach mehr Steuergerechtigkeit zu und schrieb: ›Andernfalls wird Spanien Katalonien verlieren – und das wäre doch wie die Amputation eines Arms.« Ich schrieb zurück: ›Sehen Sie, genau das ist Teil des Problems: Mit

Verlaub, mein Herr, ich bin nicht Ihr Arm, sondern ein vollständiger Körper.« Auch Cardús geht es um das Emotionale. Die Kränkung, als Nation nicht vollständig anerkannt zu sein, sitzt tief.

Unter dem Motto »Sóm una nació. Nosaltres decidim« (»Wir sind eine Nation. Wir entscheiden«) zogen im Juli 2010 über eine Million Katalanen durch Barcelonas Innenstadt. Angeführt wurden sie von Vertretern der Generalitat, der katalanischen Regionalregierung. Es sollte die erste von mehreren institutionell geförderten Massenkundgebungen der jüngsten Zeit werden. Hintergrund war die schon erwähnte teilweise Suspendierung des katalanischen Autonomiestatuts von 2006 durch das spanische Verfassungsgericht. Für besonderen Unmut sorgte der Richterspruch zur Präambel. Diese erklärte Katalonien zur Nation, der Begriff dürfe jedoch, so das Gericht, keinerlei juristische Konsequenzen haben. Der Passus zu den »nationalen Rechten« wurde gestrichen. Für viele Katalanen ein Affront – und ein Grund, sich erstmals statt der traditionellen rot-gelb gestreiften Fahne die »Estelada«, das sternverzierte Symbol der Unabhängigkeitsbewegung, um die Schultern zu hängen. »Ens falten al respecte«, »Sie respektieren uns einfach nicht«, hieß es ab da immer wieder in Artikeln, Talk-Shows, am Tresen der Frühstücksbars. Das Wort vom »Greuge« beziehungsweise vom »Agravio« machte die Runde. Der Begriff lässt sich ins Deutsche sowohl als Kränkung wie auch als Schaden oder Unrecht übersetzen. Nach separatistischer Auffassung ist er eine Konstante in der spanisch-katalanischen Geschichte und reicht von der Repression unter dem Bourbonenherrscher Philipp V., dem spanischen König von 1700 bis 1746, der zur Bewachung der aufmüppigen Katalanen eine Zitadelle ins Herz der Metropole setzte, über die Verbannung der katalanischen Sprache ins Private unter Franco bis in die Zeit der parlamentarischen Demokratie.

Salvador Cardús diktiert einen YouTube-Tipp in den Block. In dem kurzen Filmausschnitt von 2006 ist der Sozialist Alfonso Guerra zu sehen, wie er unter dem Gelächter seiner Parteigenossen erklärt, das katalanische Autonomiestatut habe man erfolgreich »abgemurkst«. Als Vorsitzender der Verfassungskommission sollte Guerra damals zwischen Zentralstaat und Autonomie vermitteln. »Wie soll man denn solchen Menschen, solchen Institutionen vertrauen?«, fragt Cardús mit verzweifelmtem Unterton.

»Das war ein Zeichen tiefster Verachtung«, sagt auch Carme Forcadell. Die schmächtige Frau, von Beruf Sprachwissenschaftlerin, war vier Jahre lang Präsidentin der Unabhängigkeitsplattform ANC und kandidierte bei den katalanischen Regionalwahlen im September 2015 auf Platz zwei der Pro-Unabhängigkeitsliste. Das Hauptquartier der 2011 gegründeten ANC hat auch Jahre nach Gründung den Charme des Improvisierten. Auf den Fluren stehen Kartons mit Flyern, die Gipskartonwände der Büros wirken wie eben erst eingezogen. Das Provisorische ist Teil des Programms. Die Assemblea hat sich ganz dem Ziel der Unabhängigkeit verschrieben. Sobald Katalonien ein eigener, anerkannter Staat ist, löst sie sich auf, so steht es in den Statuten. »Hätten sie uns damals mehr Respekt gezeigt, hätten sie uns in Krisenzeiten nicht weiter als Melkkuh behandelt und Kürzungen aufgezwungen, dann hätte unsere Bewegung niemals einen solchen Zulauf bekommen«, sagt Forcadell. Druck erzeugt Gegendruck. »Wenn wir einst die Unabhängigkeit ausrufen, werden wir einer ganzen Reihe von spanischen Politikern hier Denkmäler bauen«, hat Alfred Bosch von der linksrepublikanischen katalanischen Regionalpartei Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) einmal gesagt, Carme Forcadell stimmt dem Bonmot zu. Tatsächlich hat die Politik aus Madrid wesentlich zum Erstarken der Bewegung beigetragen. Vom Fiasko um das Statut erholten sich die Beziehungen nicht mehr, im Gegenteil: Mit der Wahl Mariano Rajoy's Ende 2011 zum spanischen Premier verschärfte sich der Ton, die absolute Mehrheit von Rajoy's konservativem Partido Popular (PP) im spanischen Parlament machte Rücksichtsnahmen überflüssig. 2012 versuchte der katalanische Ministerpräsident Artur Mas, eine Steuerhoheit nach baskischem Vorbild auszuhandeln. Madrid vertröstete auf bessere Zeiten, die Spannungen wuchsen. Forcadell und ihre Assemblea wussten das geschickt für ihre causa independentista zu nutzen und wurden so zum Katalysator der politischen Entwicklung.

2012 brachte die junge Plattform am katalanischen Nationalfeiertag »Diada« 1,5 Millionen Menschen auf die Straße; der liberale, katalanische Ministerpräsident Mas versuchte das als Druckmittel bei den Verhandlungen um die Steuerhoheit zu nutzen und schrieb schließlich vorgezogene Neuwahlen für den November 2012 aus. Die Forderung nach einem Unabhängigkeitsreferendum wurde

laut. Die Regionalregierung zögerte zunächst, wollte im Tauziehen mit Madrid noch nicht die schweren Geschütze auffahren, sondern weiter auf den Weg des Verhandeln setzen: Jahrzehntlang war sie damit gut gefahren. Mas' politischer Ziehvater und Vorvorgänger im Amt des katalanischen Regierungschefs, Jordi Pujol, hatte in Madrid für stabile Verhältnisse gesorgt und im Gegenzug Konzessionen für Katalonien herausgeschlagen.

Die Assemblea fasste die Stimmung besser und organisierte zur Diada 2013 eine 400 Kilometer lange Menschenkette quer durchs Land. »Herr Präsident, wir wollen wählen«, deklamierte Forcadell. Drei Monate später verkündete Artur Mas das ersehnte Datum und eine, etwas komplizierte, Doppelfrage: »Möchten Sie, dass Katalonien ein eigener Staat wird?« und: »Wenn ja, möchten Sie, dass Katalonien ein unabhängiger Staat wird?« Die Antwort aus Madrid ließ nicht auf sich warten. Ein solches Referendum werde es nicht geben, sagte Rajoy, und das Verfassungsgericht verbot die Abstimmung. Die katalanische Regierung zog eine zweite Karte aus dem Ärmel: Statt eines Referendums sollte es eine »consulta«, eine Befragung nach katalanischem Recht geben.

Wieder flankierte die ANC: »V« wie »Votar«, wählen, oder »Victòria«, Sieg, nannte sie ihre dritte Großdemonstration. Am 11. September 2014 stellten sich Hunderttausende in Barcelona an zwei Hauptstraßen in Form eines gigantischen Siegeszeichens auf. Die spektakulären Bilder gingen um die Welt. Doch das Gesetz, das die Befragung ermöglicht hätte, wurde ebenfalls suspendiert. Die dritte Version sah dann nur noch eine »Erhebung im Rahmen einer Bürgerbeteiligung« am 9. November 2014 vor, technisch mit einer Anwohnerbefragung über die Gestaltung eines Spielplatzes zu vergleichen. Nach den vollmundigen Versprechen, ein »echtes Referendum« abzuhalten, war das juristisch und politisch eigentlich ein Fiasko, symbolisch aber dennoch ein voller Erfolg. Auf Veranlassung der Regierung hatte das Verfassungsgericht auch dieses Prozedere vorläufig suspendiert und die Teilnahme so zu einem heroischen Widerstandsakt geadelt. Dem Verbot zum Trotz bildeten sich bereits in den frühen Morgenstunden lange Schlangen vor den Wahllokalen. Manchen standen Tränen in den Augen, als sie den Umschlag mit ihrem Votum in den Pappkarton warfen. Andere twitterten Selfies mit Wahlzettel und Victory-Zeichen. Und

in einem riesigen Pressesaal am Messegelände berichteten Korrespondenten aus Japan, Deutschland und den USA vom »Unabhängigkeitsreferendum«, bei dem über 80 Prozent mit Ja gestimmt hatten. Wie viele von den über 2,3 Millionen Wählern, etwa einem Drittel der Bevölkerung, in erster Linie aus Protest teilgenommen hatten, weiß keiner. Aber vor den zu »Wahllokalen« umgewidmeten Schulen bekannte mehr als einer: »Ich habe mit Ja-Ja gestimmt, weil ich die Madrider Politik zum Teufel wünsche.«

Ob der 9. November die Unabhängigkeit ein Stück näher gebracht hat oder nicht, darüber gehen die Meinungen auseinander. Für Joaquim Coll hat er lediglich bewiesen, dass das Thema die Mehrheit nicht interessiert: Schließlich seien fast 70 Prozent der Katalanen zu Hause geblieben. Für Carme Forcadell war es dagegen der Schritt, der den Weg zur Unabhängigkeit unumkehrbar gemacht hat. »Denn an diesem Tag«, sagt sie mit wohldosiertem Pathos, »haben wir endgültig die Angst verloren und gewählt, gegen das ausdrückliche Verbot des spanischen Staats.« Die Regionalwahlen vom September 2015 zu einem Plebiszit über die Unabhängigkeit erklärt zu haben, war für sie die logische Konsequenz des juristischen Hickhacks: »Diese Wahlen sind das Referendum, das man uns im Vorjahr verboten hat.«

Nüchtern betrachtet hat die Befragung vom 9. November 2014 zumindest das katalanische Widerstandspotenzial beziffert, auf 1 861 753: Das ist noch keine absolute Mehrheit für eine Sezession, aber eine Menge unzufriedener Menschen. Sie zu ignorieren, scheint politisch nicht sehr klug, noch dazu, wo im restlichen Spanien die katalanische Unabhängigkeitsbewegung die Gemüter weniger bewegt, als die politische Debatte vermuten lässt. Bei einer im Oktober 2014 veröffentlichten Umfrage des spanischen Meinungsforschungsinstituts CIS gaben lediglich 3,4 Prozent der Bevölkerung den Nationalismus einzelner Regionen als eines der drei zentralen Probleme des Landes an.

Der Debatte über die Motive, über das, was gewollt und was machbar ist, hat das »Referendum« eher geschadet. Manch einer blickte neidisch nach Schottland, wo im Vorfeld des Septemberreferendums 2014 Unionisten und Separatisten ganz sachlich Pro- und Kontra-Argumente austauschten. Diesseits der Pyrenäen machte das Wechselspiel aus Verboten und Protesten so etwas dagegen unmöglich.

So wurde der Traum vom eigenen Staat zur großen weißen Utopie, in der alles Platz hat: von einem sozialistischen Arkadien bis zum behäbigen Wohlfahrtsstaat für den katalanischen Mittelstand. Alles ist besser als der Status quo. In Sant Pere de Torelló, dem Rebellendorf im grünen katalanischen Osten, hängen gelbe Transparente vor den Fenstern mit den vorgedruckten Worten »Vull un país: ...«, »Ich möchte ein Land: ...«. Den Platz dahinter sollte jeder nach Gusto ausfüllen; es war eine der vielen Aktionen der Assemblea Nacional Catalana im »Referendums«-Herbst 2014. »Ich möchte ein Land, in dem es jeden Tag Eiscreme zum Nachtschiff gibt«, steht auf einem; »Ich möchte ein Land, das seine Ressourcen selbst verwaltet«, auf einem anderen, und schließlich, gegenüber: »Ich möchte ein Land, in dem nur die Küsse uns den Mund verschließen.« Demagogischer Polit-Kitsch seien solche Kampagnen, schimpft Joaquim Coll, sie treiben ihn zur Weißglut: »Was für Freiheiten werden hier denn unterdrückt? Spanien ist doch ein demokratisches Land.« Dann gibt er zu: »Die Separatisten haben das utopische Potenzial sehr geschickt zu nutzen verstanden.«

Wie es nun weitergeht? Schulterzucken. Mittelfristige Prognosen wagt keiner. Fest steht nur: Die katalanische Unabhängigkeitsbewegung wird Spaniens Politik auch unter neuen politischen Vorzeichen mitbestimmen. Sie ist längst zu einer festen Größe geworden.